

Straßenstrich in Dortmund: Die Verdrängung der Huren

taz vom 25.03.2011, Johannes Opfermann

In Dortmund wird kommende Woche entschieden, ob der Straßenstrich geschlossen wird. Die Prostituierten haben Angst vor den dunklen Ecken, die ihnen drohen.

Die Huren in Dortmund sollen von den Straßen verschwinden. Am Donnerstag will der Stadtrat beschließen, dass der legale Straßenstrich in der Ravensberger Straße geschlossen wird. Die ganze Stadt würde dann zum Sperrbezirk und die Prostituierten würden den Schutz ihres sicheren Arbeitsplatzes verlieren.

Aus Protest gegen die anstehende Entscheidung demonstrierten die Sexarbeiterinnen am Donnerstag letzter Woche für die Erhaltung des Strichs. "Sie wollen nicht kampflös aufgeben", sagt Elke Rehpöhler von der Kontakt- und Beratungsstelle Kober.

Achtzig Demonstrantinnen und Demonstranten, unter ihnen auch Unterstützer der Prostituierten, marschierten von der Ravensberger Straße zum Rathaus. Die meisten mit Sonnenbrille und Perücke, um ihre Anonymität zu wahren. Denn Prostitution mag zwar ein legaler Beruf sein, sie ist dennoch stigmatisiert. Daher war die Demo ein außergewöhnlicher und mutiger Schritt.

Im Protestaufruf der Huren tauchte immer wieder das Wort "Angst" auf. Angst um den Arbeitsplatz, Angst, den Schutz durch Beratungsstellen und Polizei zu verlieren. "Diese Ängste sind größer als die Angst, bei einer öffentlichen Demonstration persönlich als Prostituierte erkannt zu werden", hieß es in der Erklärung. Die Stadtratsfraktionen haben unterschiedliche Vorschläge gemacht. Von einer Verkleinerung, einer Verlagerung bis zu einem stadtweiten Sperrbezirk reichen die Szenarien. CDU und SPD favorisieren aber die komplette Schließung.

Das treibt die Frauen vermehrt in die Beratungsstelle Kober, die in einem Container vor Ort betrieben wird. "Die Frauen sagen uns, sie haben Angst, dass ihnen was Schlimmes passiert, wenn sie wieder in dunklen Ecken stehen müssen", sagt Kober-Chefin Elke Rehpöhler.

Denn eigentlich wird das sogenannte Dortmunder Modell allseits gelobt. "Es hat einfach perfekt funktioniert", erzählt Rehpöhler. Die Idee ist, dass Ordnungsbehörden, Beratungsstellen und Gesundheitsamt vertrauensvoll zusammenarbeiten, im Interesse der Prostituierten. Jede Woche ist ein Arzt vor Ort, es gibt ständige Kontrollen, "im positiven Sinne", sagt Rehpöhler.

SEXARBEIT

Der Termin: Am Donnerstag, 31. März, entscheidet der Dortmunder Stadtrat darüber, ob der städtische Straßenstrich geschlossen wird. SPD und CDU befürworten einen Sperrbezirk, die Grünen wollen die Verlegung in einen anderen Bezirk.

Die Situation: Seit 2002 gilt das Dortmunder Modell. Die Prostituierten sind versichert, sie haben einen Rechtsanspruch auf das vereinbarte Entgelt. Regelmäßig

treffen sich Vertreter von Sozialeinrichtungen, des Ordnungsamtes, der Polizei und der Ausländerbehörde zum Runden Tisch.

Es hat perfekt funktioniert

Gewalttaten sind zurückgegangen, auch weil die Frauen selbst Strafanzeige erstatten. Zusätzlichen Schutz bieten die zwanzig sogenannten Verrichtungstaschen oder Sicherheitsboxen, in die Kunden mit den Prostituierten hineinfahren. Die Holzverschlüsse ähneln Carports, sie sollen Sichtschutz bieten - vor allem aber Sicherheit für die Prostituierten.

Die Fahrertür kann darin nicht geöffnet werden, wohl aber die Beifahrertür, damit die Frauen schnell flüchten und den Alarm auslösen können.

Bislang war es aus Sicht von Stadt und Polizei sinnvoll, die Straßenprostitution an Ravensberger Straße, Juliusstraße und Mindener Straße zu bündeln. "Es hat sich alles gut bewährt, bis zur EU-Osterweiterung", sagt Stadtsprecher Hans-Joachim Skupsch.

Als 2007 Bulgarien und Rumänien EU-Mitglieder wurden, zogen von dort viele Menschen nach Dortmund, vor allem Roma. Weil sie nicht als Angestellte arbeiten dürfen, sondern nur als Selbständige, haben viele Frauen Prostitution als Gewerbe angemeldet. "Das Geschäft verlagert sich in Gebüsche und Seitenstraßen", sagt der Sprecher.

So wie in Dortmund sollen in Deutschland viele Huren verdrängt werden. "Das Prostitutionsgesetz wurde nie ernsthaft umgesetzt, eine Anerkennung hat nie stattgefunden", sagt Simone Kellerhoff von der Hurenorganisation Hydra. Im politischen Diskurs würde Prostitution immer mit anderen Themen wie Menschenhandel vermischt. "Das wird genutzt, um Prostitution zu kriminalisieren und zu stigmatisieren." Die Prostitution werde schrittweise auf frühere Zustände zurückgefahren, durch Reglementierungen und Rufe nach Strafen für die Freier. In Bayern sei die Verdrängung in die Randbezirke ebenso Realität wie in mehreren Berliner Stadtteilen, in denen gut laufende Bordelle schließen mussten. Auch in Gelsenkirchen gibt es aktuell den Versuch, einen Straßenstrich zu verbannen. Nach Jahrzehnten stört er auf einmal, weil in der Nähe eine Kinderklinik gebaut wird. In Dortmund scheint die Schließung beschlossene Sache zu sein. Dennoch hoffen die Prostituierten, dass ihre Demo etwas bewirkt hat. "Eine Bulgarin sagte, sie habe in ihrer Heimat eines gelernt", sagt Elke Rehpöler, "nämlich: Wenn man demonstriert, bekommt man meist, wofür man sich einsetzt."